

Initiative in Gedenken an Laye-Alama Condé  
c/o Flüchtlingsinitiative Bremen e.V.  
Bernhardstr. 12  
28203 Bremen

email: initiative\_layeconde@yahoo.de

An den  
Senat des Landes Bremen  
**Senatskanzlei**  
Rathaus / Am Markt 21  
28195 Bremen

Bremen, 26.09.2013

Sehr geehrte Damen und Herren des Bremer Senats,

wie Sie in der letzten Woche sicherlich diversen Bremer Medien entnommen haben, steht der ehemalige Bremer Senatspräsident und Justizsenator a.D. Dr. Henning Scherf ob seines Verhaltens gegenüber dem Landgericht Bremen und den von ihm dort getätigten Aussagen im sogenannten »Brechmittel-Prozess« stark in der öffentlichen Kritik.

Als »Initiative in Gedenken an Laye-Alama Condé« halten wir seit der Tötung Herrn Condés durch die an ihm vollzogene zwangsweise Brechmittelvergabe im Bremer Polizeigewahrsam die Erinnerung an ihn in der Öffentlichkeit wach. Eines unserer Ziele ist in diesem Zusammenhang die Installation eines Denkmals im Bremer Ostertor/Steintor, das an Herrn Condé und an die gleichermaßen tragischen wie skandalösen Umstände seines Todes erinnert. Sein Tod und dessen Umstände haben sich unverbrüchlich in die Stadtgeschichte Bremens eingeschrieben.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit ist die Begleitung des zum dritten Mal vor dem Bremer Landgericht verhandelten »Brechmittel-Prozesses« (unsere Prozessberichte sind nachzulesen unter [www.initiativelayeconde.noblogs.org](http://www.initiativelayeconde.noblogs.org)). So waren wir auch persönlich anwesend, als am 16.09.2013 Herr Dr. Scherf als Zeuge vernommen wurde, um die politischen Hintergründe der in Bremen zwischen 1992 und 2004 in in großen Ausmaß angewandten Brechmittelvergabe zu erhellen, in deren Folge Herr Condé sterben musste und die 2006 vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte als Folter klassifiziert wurde.

Im Rahmen seiner Zeugenaussage – dies ist entsprechenden Medienveröffentlichungen bereits zu entnehmen gewesen – hat Herr Dr. Scherf die – auch unter Zwang vollzogene – Vergabe von Brechmitteln an Verdächtige verteidigt und mehrfach vehement betont, dass er als Justizsenator und später auch als Senatspräsident über den gesamten Zeitraum von 12 Jahren diesbezüglich die volle Unterstützung seines Justizressorts, der gesamten Staatsanwaltschaft sowie übergreifend allen Senatsressorts gehabt habe.

Herr Dr. Scherf gab sowohl gegenüber dem Gericht als auch der Presse des Weiteren an, dass Bremen 12 Jahre lang mit der Brechmittelpolitik »ohne irgendeine Beschwerde, ohne irgendein Fehlverhalten gut klar gekommen« sei (Dr. Henning Scherf am 16.09.2013 gegenüber buten & binnen). Ihm sei niemals eine Kritik in diesem Zusammenhang zur Kenntnis gelangt.

Dies machte Herr Dr. Scherf auch für die Debatte in der Bremer Bürgerschaft vom 13.12.2001 geltend. Die Fraktion der Grünen hatte beantragt, die Brechmittelvergabe sofort auszusetzen, da wenige Tage zuvor in Hamburg der nigerianische Staatsbürger Achidi John durch die zwangsweise Vergabe von Brechmitteln getötet worden war. Herr Dr. Scherf behauptet, sich weder an diese kontroverse Bürgerschaftsdebatte noch an die bundesweite Diskussion über die Gefahren der zwangsweisen Brechmittelvergabe erinnern zu können, die nach dem tödlichen Hamburger Einsatz entbrannte. Von diesem ersten Brechmittel-Opfer will Herr Dr. Scherf erst nach dem Tode Herrn Condés in Bremen Kenntnis erhalten haben.

Auf Nachfrage der Verteidigung wies Herr Dr. Scherf zudem erschütternderweise jeden Ausdruck des Bedauerns über die Opfer der Brechmittelvergabe oder Worte der Entschuldigung an die Angehörigen über die tödliche Beweissicherungspraxis energisch zurück. Herr Dr. Scherf machte vielmehr deutlich, dass er keinerlei Anlass sieht, die von ihm als Justizsenator und Senatspräsident vertretene gesundheitsschädliche, lebensgefährliche und schlussendlich sogar tödliche Politik kritisch zu reflektieren oder gar Fehler einzuräumen.

Als Initiative, die die politische und zivilgesellschaftliche Aufarbeitung der in Bremen über 12 Jahre in über 1000 Fällen angewandten Brechmittelfolter öffentlich vorantreibt, bitten wir den Bremer Senat um eine Stellungnahme zu den Ausführungen des ehemaligen Senatspräsidenten und Justizsenators a.D. Dr. Henning Scherf bitten.

Konkret harren folgende Fragen der Beantwortung durch den Bremer Senat:

- Entspricht die Haltung Herrn Dr. Scherfs, entsprechen seine vorbeschriebenen Äußerungen zur Bremer Brechmittelpolitik und zum Tod Laye-Alama Condés der heutigen Auffassung des Bremer Senats?
- Inwieweit können Sie die Aussagen Herrn Dr. Scherfs bestätigen, dass die – auch zwangsweise – Vergabe von Brechmitteln innerhalb der Bremer Landesregierung unumstritten war? Liegen Ihnen Informationen über Diskussionen oder eventuell geäußerte Bedenken innerhalb des Senats vor?
- Inwieweit wird sich der Bremer Senat an einer kritischen Aufarbeitung der Bremer Politik der Brechmittelvergabe beteiligen, welche maßgeblich vom seinem langjährigen ehemaligen Präsidenten und Justizsenator durchgesetzt und vorangetrieben wurde?
- Wann und wo wird sich der Bremer Senat für die in der Vergangenheit durch die Bremer Landesregierung zu verantwortende Politik, die ein Menschenleben gekostet und die Gesundheit vieler weiterer Betroffener erheblich geschädigt hat, öffentlich wahrnehmbare Worte des Bedauerns und der Verantwortungsübernahme aussprechen?

Einer baldigen Antwort Ihrerseits sehen wir mit Erwartung entgegen.

Mit freundlichen Grüßen,

Initiative in Gedenken an Laye-Alama Condé

Zu Ihrer Information:

Entsprechende Schreiben gehen an die SPD-Fraktion, an die SPD-Landesorganisation, an Präsidenten des Senats sowie an die Senatoren für Justiz und für Inneres des Landes Bremen.